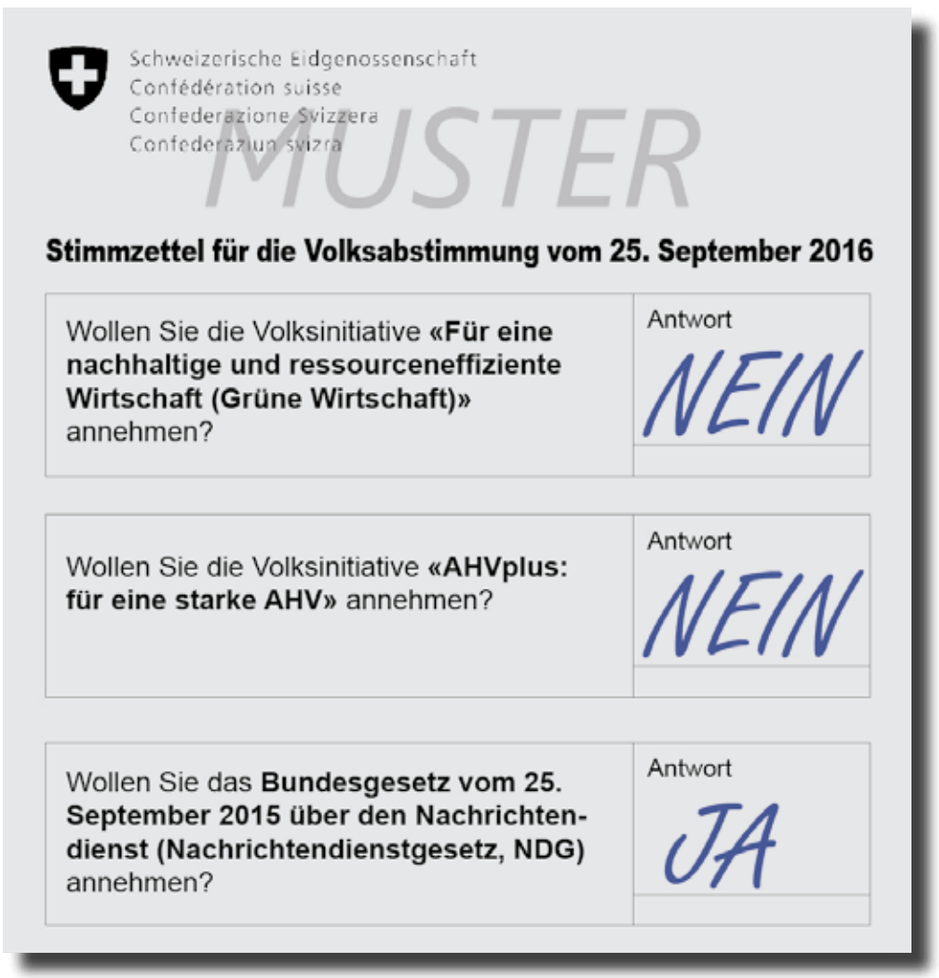
SVP Klartext

Die Zeitung der Schweizerischen Volkspartei

AZB 3001 Bern - Preis Fr. 35.- jährlich - erscheint monatlich - 55 000 Expl. - www.svp.ch - klartext@svp.ch - September 2016



Energiereferendum 3

NEIN zur schädlichen Energiestrategie 2050

Masseneinwanderung 8-9

Staatspolitische Kommission ignoriert Volkswillen

Steuerreform 13

KMU profitieren stark von der Unternehmenssteuerreform III

Die SVP in den Schweizer Medien im September

Basler Zeitung

SCHWEIZ

Basel | Schweiz | Ausland | Börse | Wirtschaft | Kultur | Sport | Auto | Leben | Panorama | Digital

SVP will Volk über Energiewende abstimmen lassen

Die SVP kündigt das Referendum gegen die Energiestrategie 2050 an – doch bisher fehlt ihr die Unterstützung der Wirtschaft. Nun kommt es auf die FDP an.

Angela Merkel, Nicolas Sarkozy, Theresa May, Henryk M. Broder, Bassam Tibi

DIE WELTWOCHE

SABOTEURE

Diese Politiker sägen an der Demokratie

20 minuten

Zürich 23°

Schweiz | Ausland | Wirtschaft | Sport | People | Entertainment | Digital

Zürich | Bern | Basel | Zentralschweiz | Ostschweiz | Energy Challenge

«Inländervorrang light»

05. September 2016

SVP-Nationalrat fordert Rücktritt von Fluri

Kurt Fluris Lösung zur Steuerung der Zuwanderung passt der SVP nicht. Der FDP-Politiker habe gegen seinen Amtseid verstossen, wettert Thomas Matter.

Das Wort des Parteipräsidenten

Ein noch nie dagewesener Verfassungsbruch

Was sich die staatspolitische Kommission des Nationalrates mit ihrem Vorschlag für die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative geleistet hat, ist einmalig in der Geschichte der Eidgenossenschaft.

Sie hat sich geweigert, auch nur einen einzigen Punkt des Verfassungsartikels 121a zur Steuerung der Zuwanderung in ein Gesetz umzusetzen.

Es ist absurd, wenn argumentiert wird, auch andere Verfassungsartikel seien nicht immer eins zu eins umgesetzt worden. Beim Zweitwohnungsartikel etwa wurde eine Lösung gefunden, die sich nach wie vor an der angenommenen Volksinitiative orientierte. Hier hingegen wird das Volk und die Bundesverfassung komplett ignoriert.

In vorauseilendem Gehorsam gegenüber Brüssel ignorieren die Vertreter von FDP, CVP und den Linken, dass die Personenfreizügigkeit in ganz Europa zunehmend in Frage gestellt wird. So sind die Briten doch hauptsächlich deswegen aus der EU ausgetreten. Und in vielen anderen Ländern bestimmt die Forderung nach einer klaren Einschränkung der Einwanderung die politische Agenda. Auch in der Schweiz können wir die steigende Arbeitslosigkeit, gerade von Arbeitnehmern über 50, sowie die Einwanderung in die Sozialsysteme, nicht mehr länger tolerieren.
In ihrer Arroganz gefährden die Mitte-Links-Parteien auch das Vertrauen der Bürger in die Demokratie: Warum soll man noch abstimmen gehen, wenn das Parlament Volksentscheide komplett ignoriert?

Die SVP wird abwarten, ob die Räte sich an ihren Schwur auf die Verfassung erinnern und doch noch zur Vernunft zurückkehren. Falls nicht, muss die SVP eine Volksinitiative zur Kündigung der Personenfreizügigkeit in Erwägung ziehen. Es zeigt sich: Die Wahlen in den Kantonen und auf nationaler Ebene werden immer wichtiger. Es braucht dringend mehr verlässliche SVP. Die anderen Parteien treten den Volkswillen mit Füssen und scheren sich keinen Deut um die Verfassung.

Albert Rösti

Nationalrat Albert Rösti, Präsident der SVP Schweiz

Nein zur ideologischen Energiepolitik

Die Energiestrategie 2050 stand schon von Anfang an unter falschen Vorzeichen. Unter dem Banner einer ideologischen Klimapolitik setzt die Energiestrategie des Bundesrates von Beginn weg auf extreme Vorschriften, Verbote und massive Subventionen. Dieser teuren und schädlichen Politik muss nun eine Abfuhr erteilt werden. Der Parteivorstand der SVP hat deshalb beschlossen, bei entsprechender Unterstützung der Wirtschaft, das Referendum zu ergreifen.

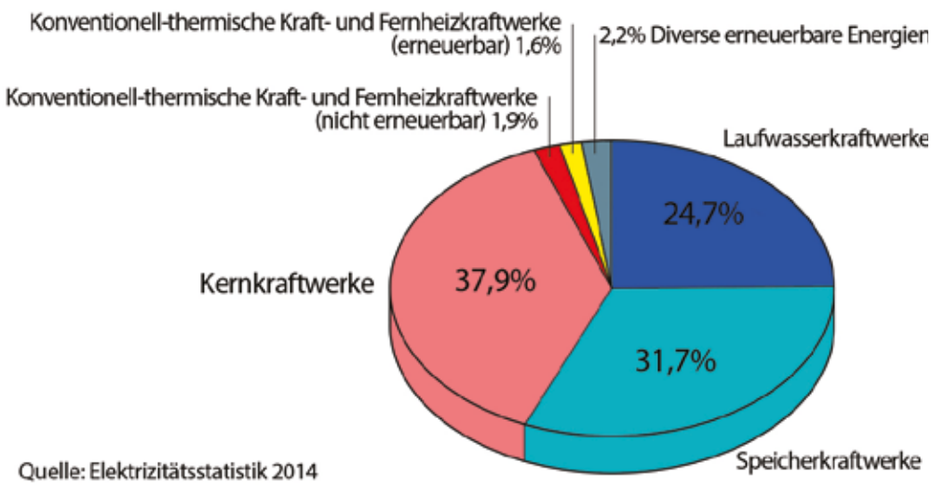
Demnächst wird im Parlament die neue Energiestrategie endgültig verabschiedet. Diese Energiepolitik stand jedoch von Anfang an unter dem Vorzeichen von grün-sozialistischen Utopien. Von Beginn weg wurden kritische Expertenmeinungen ausgeblendet. Diese Strategie setzt auf Regulierungen, Abgabenerhöhungen und massive Subventionen. Bis 2050 sind Kosten bis zu 200 Milliarden Franken zu erwarten.

Wer bezahlt es?

Diesen Regulierungs- und Lenkungseifer werden die Kleinen bezahlen. Die Konsumenten, das Gewerbe, die Bauern und die Exportindustrie werden den Schlamassel berappen müssen. Der Mittelstand und die Familien werden ausgeblutet. Darüber hinaus würde eine regelrechte Bevormundungsmaschinerie aufgebaut. Wer die Regulierungsflut bekämpfen will, wer nicht immer teurere Energiekosten für Privathaushalte und Unternehmen will, muss nun hinstehen und dieses Unding Energiestrategie 2050 bekämpfen.

«Diese Strategie setzt auf Regulierungen, Abgabenerhöhungen und massive Subventionen. Bis 2050 sind Kosten bis zu 200 Milliarden Franken zu erwarten.»

Stromversorgung in der Schweiz



Kernenergie und Wasserkraft die Hauptpfeiler unserer Stromversorgung.

Abhängigkeiten und Unsicherheiten

Energiesicherheit ist einer der wichtigsten Standortfaktoren der Schweiz. Die massive Verteuerung von Strom und die mit der Strategie zunehmende Abhängigkeit vom Ausland in Energiefragen schaden jedoch unserem Standort. Die Unabhängigkeit der Schweiz steht ebenso auf dem Spiel wie eine lückenlose Stromversorgung. Nebenbei wird mit der einseitigen Forschungsförderung im Rahmen der Energiestrategie auch die Forschungsfreiheit gefährdet und echte Innovation behindert. In der Energieforschung werden die staatlichen Ressourcen gemäss ideologischen Vorgaben umverteilt mit der Folge, dass es heute keine kritische Debatte zur eingeschlagenen Richtung mehr gibt.

Bewährtes aufgeben?

Die Schweiz hat eine bewährte Energiepolitik. Die Schweizer Wirtschaft ist bisher gut und nachhaltig gefahren mit der bisherigen Energieversorgung. Unser einmaliger Mix aus Wasserkraft und Kernenergie funktioniert bestens. Unsere kostengünstige und sichere Energieversorgung dürfen wir nicht leichtfertig preisgeben. Das Referendum gegen diese ideologische Energiestrategie ist daher dringend nötig.

von Nationalrat Felix Müri, Emmenbrücke (LU)

JA zum Nachrichtendienstgesetz ist ein JA zu mehr Sicherheit

Angesichts der in Europa herrschenden Terrorgefahr sind die derzeit geltenden Kompetenzen des Nachrichtendienstes des Bundes (NDB) nicht mehr ausreichend. Das neue Bundesgesetz über den Nachrichtendienst (NDG) sieht deshalb eine Reihe von Massnahmen vor, um die Sicherheit der Schweiz zu verbessern, ohne die Freiheit aufzugeben. Sicherheit und Freiheit sind nämlich keine widersprüchlichen Begriffe, vielmehr bedingen sie einander geradezu.

Eine der neuen Möglichkeiten des Nachrichtendienstes ist die sog. «Kabelaufklärung». Diese würde es dem Nachrichtendienst ermöglichen, im internationalen Fernmeldeverkehr (Glasfaserkabel) nach genau bestimmten Suchbegriffen zu fahnden. Jeder einzelne Kabelaufklärungsauftrag ist jedoch genehmigungspflichtig und der Ablauf der Suche ist im neuen Nachrichtendienstgesetz detailliert vorgeschrieben. Ein konkretes Beispiel soll dies erläutern:

Der Nachrichtendienst des Bundes erhält Kenntnis von einem ausländischen Terrorverdächtigen, welcher über Kontakte in die Schweiz verfügt und allenfalls einen Terrorakt in der Schweiz plant. Der Nachrichtendienst des Bundes beantragt bei Bundesverwaltungsgericht eine Kabelaufklärung, indem es

a) den an das Zentrum Elektronische Operationen (ZEO) gerichteten Auftrag beschreibt (die Kabelaufklärung würde das ZEO der Schweizer Armee im Auftrag des NDB ausführen);

b) die Begründung der Notwendigkeit des Einsatzes erklärt,

c) die Angabe der Kategorien der Suchbegriffe offenlegt,

d) die Angabe der Telekommunikationsunternehmen (Provider) nennt, welche die notwendigen Signale liefern müssen und

e) den Beginn und das Ende des Auftrags nennt.

Der Präsident der zuständigen Abteilung des Bundesverwaltungsgerichts entscheidet über den Antrag als Einzelrichter innerhalb von fünf Tagen. Bewilligt der Bundesverwaltungsrichter die Massnahme, so entscheidet der Vorsteher des VBS (derzeit Bundesrat Parmelin), nach Konsultation des Vorstehers des EDA (derzeit Bundesrat Burkhalter) und der Vorsteherin des EJPD (derzeit Bundesrätin Sommaruga) über die Freigabe zur Durchführung; dieses Konsultationsverfahren ist schriftlich zu führen.

Erfolgt die Freigabe, so nimmt der ZEO die Signale des Providers entgegen und wandelt diese in Daten um. Er beurteilt anhand des Inhalts, welche Daten er an den NDB weiterleitet. Das ZEO leitet ausschliesslich Daten an den NDB weiter, die Informationen zu den für die Erfüllung des Auftrags definierten Suchbegriffen enthalten. Nicht für den Auftrag relevante Daten hat das ZEO zu löschen. Dies gilt auch für «inländische Daten», d.h. wenn sich Sender und Empfänger der Daten in der Schweiz befinden.

Somit ist klar: Die Kabelaufklärung ist nicht wie behauptet ein Freipass für eine willkürliche Datensammlung. Vielmehr sieht das Nachrichtendienstgesetz verschiedene Hürden vor, damit die Grundrechte und die Freiheit der Schweizer Bürgerinnen und Bürger bewahrt bleiben. Ein «Ja» am 25. September 2016 zum Nachrichtengesetz ist ein «Ja» zu mehr Sicherheit.

> **«Jeder einzelne Kabelaufklärungsauftrag ist genehmigungspflichtig und der Ablauf der Suche ist im neuen Nachrichtendienstgesetz detailliert vorgeschrieben.»**

von Nationalrat Thomas Hurter, Schaffhausen (SH)

NEIN zur Anbindung der Schweiz an die EU

Die Schweiz, darf, muss, kann, will und wird sich der Europäischen Union nie unterwerfen! Die Schweiz wird der EU nicht beitreten, und sie wird auch keinen sogenannten Rahmenvertrag unterschreiben, der sie einseitig an die EU bindet und EU-Richtern unterwirft!

Die wichtigste Aufgabe der Politik ist es, dafür zu sorgen, dass es dem eigenen Land auch in Zukunft gut geht. Dazu muss man zuerst einmal verstehen, warum es dem eigenen Land heute überhaupt gut geht. Der Schweiz geht es gut, weil sie unabhängig ist und eine Staatsform hat, welche die Interessen der hier lebenden Menschen in den Mittelpunkt stellt. Das ist das Wesen unserer Selbstbestimmung und Unabhängigkeit: In der Schweiz bestimmen die Direktbetroffenen über das, was sie betrifft.

Nationalrat Roger Köppel warnt die SVP-Delegierten vor einem Unterwerfungsvertrag mit der EU.

Selbstbestimmung führt nicht zu Abschottung

Diese Selbstbestimmung hat nicht das Geringste mit Abschottung zu tun, wie unsere Gegner immer behaupten, sondern diese Ungebundenheit war und ist die Voraussetzung unserer Weltoffenheit! Die Schweiz war doch nie ein autistischer Sonderling auf der Landkarte. Aber die Pointe unserer Bündnispolitik war es eben immer, mit den Verträgen die Unabhängigkeit der Schweiz zu vergrössern. Das war das Erfolgsrezept unserer Diplomatie früher. Heute allerdings beobachte ich als staunender Politneuling in Bern, dass unsere Bundesräte und Diplomaten das Gegenteil machen. Sie schliessen internationale Verträge ab, nicht um die Freiheit der Schweiz zu vergrössern, sondern um die Freiheit der Schweiz abzuschaffen.

Angst vor der EU beherrscht Bern

In Bern tun sie alles, um die EU ja nicht zu verärgern, aber viel zu wenig, um die Schweizer Interessen zu verteidigen! Nur ein Beispiel: Ein nicht genannt sein wollender Bundesrat, nennen wir ihn doch einfach Didier Burkhalter, sagte nach dem Brexit angsterfüllt, jetzt wäre es falsch, die Masseneinwanderungsinitiative umzusetzen oder die Verhandlungen über ein Rahmenabkommen abzubrechen. Man dürfe doch einen angeschossenen Tiger auf keinen Fall reizen! Immerhin hat der Bundesrat inzwischen erkannt, dass die EU angeschossen ist. Allerdings gleicht die aktuelle, krisengeschüttelte EU weniger einem verwundeten Tiger, sondern eher einem altersschwachen Kätzchen. Doch wenn sich unsere Diplomaten zur Maus herunterreden, ist es kein Wunder, dass sie sogar vor diesem Kätzchen Angst haben!

Selbstmord aus Angst vor dem Sterben war noch nie eine gute Strategie

Man sagt mir jeweils in Bern: «Es wäre grossartig, wenn wir die Unabhängigkeit der Schweiz aufrechterhalten könnten, aber wir sind doch zu klein und zu schwach, acht Millionen Schweizer gegen 500 Millionen Europäer – da müssen wir uns doch rahmenvertragsmässig an das Mutterschiff in Brüssel andocken, ein Alleingang wäre viel zu gefährlich.» Dazu gibt es nur etwas zu sagen: Selbstmord aus Angst vor dem Sterben war noch nie eine gute Strategie. Klar: Der Weg der Schweiz mag manchmal einsam sein und anstrengend. Und ebenso klar: Dieses Alleinsein ist für mittelmässige und anpassungsfähige Typen fast nicht zu ertragen!

Verträge auf Augenhöhe statt Unterwerfungsverträge

Die Schweiz ist frei und selbstbestimmt oder sie ist nicht mehr die Schweiz. Natürlich wollen wir mit der EU, wo sinnvoll und von gegenseitigem Interesse, auf Augenhöhe bilaterale Verträge abschliessen, die man auch wieder kündigen kann, ohne dass man bestraft wird. Natürlich wollen wir mit der EU gut zusammenarbeiten, aber wir wollen die EU nicht heiraten. Das ist der bewährte bilaterale Weg. Was der Bundesrat mit seinem Unterwerfungsvertrag aber anstrebt, ist nicht die Verbesserung des bilateralen Wegs. Es ist im Gegenteil die Zerstörung des bilateralen Wegs, denn dieser Rahmenvertrag unterwirft die Schweiz EU-Richtern. Das ist nicht bilateral, das ist nicht einmal liberal, das ist nur fatal!

Ganze Rede:
www.svp.ch/aktuell/referate

Mehr Vielfalt und Freiheit in der Medienschweiz

Die SVP stellte am 26. August ihr neues Positionspapier zur Schweizer Medienpolitik vor. Sie zeigt darin die Wichtigkeit einer freiheitlichen Medienlandschaft für unsere direkte Demokratie auf. Bundesrat und grosse Teile des Parlaments wollen die Medienbranche jedoch immer stärker regulieren und finanziell unterstützen. Staatliche Interventionen im Medienbereich können heute nicht mehr technisch begründet werden, sondern sie verzerren einzig den Wettbewerb und konkurrieren private Medienanbieter.

Nationalräte Roger Köppel, Gregor Rutz, Albert Rösti, Jean-François Rime und Franz Grüter wollen staatliche Eingriffe im Medienbereich beschränken. Die SVP wehrt sich auch gegen eine Regulierung des Onlinebereichs.

Dank dem raschen technologischen Wandel und der Digitalisierung stehen uns unzählige Angebote zur Verfügung. Heute stehen nicht mehr Frequenzengpässe zur Debatte wie vor 50 Jahren: Fragen zur Netzneutralität und Signalintegralität prägen die politische Diskussion. Die Unabhängigkeit der Medien von staatlichen Einflüssen und öffentlichen Geldern ist elementar für eine Demokratie. Vor diesem Hintergrund unterstreicht die SVP mit einem neuen Strategiepapier ihre Forderungen zur Medienpolitik:

- «Service public»-Angebote sind nur Leistungen, welche zwingend erbracht werden müssen und welche Private nicht anbieten oder anbieten können. Die anderen Bereiche – vor allem das Internet – sollen privaten Anbietern überlassen werden. Die Schaffung eines Mediengesetzes (und damit die Regulierung des Online-Bereichs) ist abzulehnen.

- Auf Medienförderung ist zu verzichten.

- Die Gebühren bzw. die Mediensteuer sind zu halbieren. Die Höhe der Mediensteuer ist vom Parlament zu genehmigen. Die Mitspracherechte der Gebührenzahler sind zu stärken.

- Das Parlament muss bei der Erteilung der SRG-Konzession mitreden können. Zudem sind die Aufsichtskompetenzen neu zu regeln.

- Zielgruppenspezifische Werbung darf der SRG erst erlaubt werden, wenn eine Marktlösung gefunden worden ist, zu welcher alle Medienunternehmen Zugang haben.

Die Forderungen der SVP werden in den kommenden Wochen und Monaten in Form von Anträgen und Vorstössen im Parlament einfliessen. Hauptziel ist die Schaffung wettbewerbsfreundlicher Rahmenbedingungen im Medienmarkt. Es ist falsch, wenn privaten Unternehmen der Markteintritt durch staatliche Interventionen (inhaltlich, finanziell, regulatorisch) verunmöglicht oder erschwert wird.

www.svp.ch/positionen/positionspapiere

Bund tut sich schwer – Aargau macht Druck

Während der Bund seine Willkommenskultur für Asylanten ausbaut und den Kantonen und Gemeinden so Milliardenkosten für Sozialhilfe aufbürdet, macht der Aargau als erster Kanton der Schweiz Druck. Der Grosse Rat stimmte einer Standesinitiative «für eine Flüchtlingshilfe vor Ort anstelle falscher Anreize für eine Völkerwanderung» zu. Dank mehr Hilfe vor Ort, könnten die Asylkosten in der Schweiz massiv gesenkt werden.

Die Standesinitiative aus dem Aargau ist ein klares Indiz dafür, dass sich in den Kantonen und Gemeinden Unmut über die derzeitige Asylpolitik breitmacht. Dem Antrag der SVP-Fraktion für eine Standesinitiative stimmten 78 Aargauer Grossrätinnen und Grossräte zu, 43 waren dagegen. Die Kommission für öffentliche Sicherheit hat nun drei Monate Zeit, dem Grossen Rat einen Entwurf dieser ausformulierten Standesinitiative vorzulegen.

Einigkeit unter den bürgerlichen Parteien

SVP-Fraktionspräsident Jean-Pierre Gallati stellte in der Debatte im Grossen Rat klar, dass mit einem Bruchteil des Geldes, welches die Schweiz für die Betreuung von Asylanten im Inland ausgibt, vor Ort wesentlich mehr Hilfe angeboten werden könnte. Auch für die Aargauer FDP ist es richtig und wichtig, in Bern endlich Druck zu machen. Selbst die CVP sprach sich im Aargauer Grossen Rat für die Ausarbeitung der Standesinitiative aus. Das Schlepperwesen könne so bekämpft werden, sagten deren Grossräte.

Fakt ist: Der Bund rechnet für das laufende Jahr mit Kosten von 2,4 Milliarden Franken für das Asylwesen. Doch das ist nur die Spitze des Eisbergs. Die Kosten in den Kantonen und Gemeinden kommen noch dazu und betragen landesweit mindestens noch einmal so viel.

Viel Geld – wenig Wirkung

Die Aarburger Gemeinderätin Martina Bircher (SVP) bezifferte die Zahlen in ihrer Gemeinde wie folgt:

« In Aarburg wohnen 160 Migranten aus Eritrea. Davon sind rund sechzig Kinder oder Jugendliche. Die Eritreer leben zu knapp neunzig Prozent von Sozialhilfe. Daneben gibt es auch noch Menschen aus Afghanistan, Sri Lanka, Irak usw., welche ebenfalls über die Asylschiene in Aarburg wohnhaft sind. Rund ein Drittel der Sozialhilfe-Kosten hat – für die seit mehr als fünf oder sieben Jahren in Aarburg wohnhaften Ex-Asylbewerber – die Gemeinde zu tragen. Zwei Drittel leisten derzeit Bund und Kanton für diejenigen, die erst seit Kurzem hier sind. »

Gemeinderätin Martina Bircher, Aarburg (AG)

Gemäss Gemeinderätin Bircher kommen auf die Steuerzahlenden in Aarburg Mehrkosten von 3 Millionen Franken jährlich zu. Ohne Finanzausgleich wäre die Gemeinde schlicht pleite.

Wir leisten uns also den Luxus, «Kreti und Pleti» als Asylanten aufzunehmen. Nach Prüfung der Gesuche wird festgestellt, dass mehr als die Hälfte von ihnen gar keine Flüchtlinge sind, sondern Wirtschaftsmigranten oder «Dublin-Fälle». Das alles ist extrem teuer und der Weg in die Schweiz für die Betroffenen erst noch gefährlich. In gut ausgerüsteten Asylzentren in den Krisenregionen könnten diese Abklärungen für einen Bruchteil der finanziellen Mittel gemacht werden.

Dafür macht sich der Kanton Aargau in Bundesbern stark.

von Grossrat Christian Glur, Präsident der SVP Bezirk Zofingen, Glashütten / Murgenthal (AG)

Zuwanderungsartikel

In einem Interview in der "Schweiz am Sonntag" und in der "Südostschweiz" vom 11. September wurde Nationalrat Kurt Fluri (FDP) gefragt:

"Dann ist das, was in der Verfassung steht, sekundär?"

Fluris Antwort lautete:
"Ja. Das ist so. Wichtige internationale Verträge sind höher zu gewichten als die eigene Verfassung. Das ist normal."

Kommentar von Nationalrat Thomas Matter:

«Von Fluris angeblich "normaler" Rechtsauffassung steht kein Wort in der geltenden Bundesverfassung. Vielmehr steht dort lediglich, die Schweiz habe das Völkerrecht zu "beachten". Nach Fluris Auslegung sind wir kein souveränes Staatsgebilde mehr, sondern Untertanengebiet der EU. Das ist offener Verfassungsbruch. Das ist parlamentarischer Eidbruch. Das ist gegenüber dem In- und Ausland ein gewaltiger Flur(i)schaden!»

Christoph Blocher im Interview mit Blick:

Christoph Blocher, was sagen Sie zum Entwurf der Staatspolitischen Kommission?
Das ist eine Nulllösung, ein fertiger Seich. Die Kommission nimmt keinerlei Rücksicht auf den Volkswillen.

Sind Sie überrascht?
Nein, das hat sich seit langem abgezeichnet. Wir haben früh gemerkt, dass der Freisinn ein Päckli mit den Sozis schnüren will. Damit war die Sache klar.

Nationalrat Gregor Rutz

«Wer für Rechtssicherheit sorgen will, muss gewährleisten, dass die Rechtsordnung konsequent durchgesetzt wird. Wer internationalen Abkommen mehr Gewicht zumisst als der eigenen Rechtsordnung, stellt nicht nur die Souveränität eines Staates in Frage, sondern gefährdet auch die Rechtssicherheit.»

Kommentar von Dominik Feusi in der Basler Zeitung vom 31. August:

«Hochrangige EU-Politiker und der EU nahestehende Wissenschaftler legen auf den Tisch, was man schon lange hätte verstehen können: Der gemeinsame Markt braucht zwar ein paar gemeinsame Regeln, den freien Personenverkehr braucht er aber nicht.»

l: Nichts umgesetzt!

Die SVP-Fraktion hat an ihrer Sitzung vom 13. September den Vorschlag der Staatspolitischen Kommission des Nationalrats (SPK-N) zur Umsetzung des Verfassungsartikels zur Zuwanderung beraten. Sie hat beschlossen, den Rückweisungsantrag an die Kommission zu unterstützen, da der vom Volk gegebene Verfassungsauftrag mit den einzelnen Massnahmen nicht erfüllt wird. Die spürbaren negativen Konsequenzen der masslosen Zuwanderung wie beispielsweise die Einwanderung in die Sozialwerke, steigende Arbeitslosigkeit und hohe Kriminalität bleiben.

Zuwanderungsartikel: Das Fazit der SVP-Fraktion: Der Vorschlag der SPK-N wird einstimmig abgelehnt, da dieser keinen einzigen Aspekt des Verfassungsauftrags umsetzt.

Am 9. Februar 2014 hat das Schweizer Volk dem Zuwanderungsartikel 121a in der Bundesverfassung zugestimmt. Der Umsetzungs-Vorschlag der SPK-N erfüllt keine dieser Verfassungsbestimmungen. Deshalb hat die Fraktion der SVP beschlossen, die Vorlage gemäss Einzelantrag von Fraktionspräsident Adrian Amstutz an die Kommission zurückzuweisen:

Rückweisungsantrag im Wortlaut:

Die Vorlage 16.027 ist an die SPK-N zurückzuweisen mit dem Auftrag, sie gemäss Auftrag von Volk und Ständen verfassungskonform auszugestalten.

Begründung
Der von der SPK-N ausgearbeitete Vorschlag zur Umsetzung von Art. 121a der Bundesverfassung sowie den entsprechenden Übergangsbestimmungen ist klar verfassungswidrig. Der Verfassungsauftrag von Volk und Ständen lautet:

Art. 121a BV
1 Die Schweiz steuert die Zuwanderung von Ausländerinnen und Ausländern eigenständig.
➡ **Nicht erfüllt!**

2 Die Zahl der Bewilligungen für den Aufenthalt von Ausländerinnen und Ausländern in der Schweiz wird durch jährliche Höchstzahlen
➡ **Nicht erfüllt!**

und Kontingente begrenzt.
➡ **Nicht erfüllt!**

Die Höchstzahlen gelten für sämtliche Bewilligungen des Ausländerrechts unter Einbezug des Asylwesens.
➡ **Nicht erfüllt!**

Der Anspruch auf dauerhaften Aufenthalt, auf Familiennachzug und auf Sozialleistungen kann beschränkt werden.
➡ **Nicht erfüllt!**

3 Die jährlichen Höchstzahlen und Kontingente für erwerbstätige Ausländerinnen und Ausländer sind auf die gesamtwirtschaftlichen Interessen der Schweiz unter Berücksichtigung eines Vorranges für Schweizerinnen und Schweizer auszurichten;
➡ **Nicht erfüllt!**

die Grenzgängerinnen und Grenzgänger sind einzubeziehen.
➡ **Nicht erfüllt!**

Massgebende Kriterien für die Erteilung von Aufenthaltsbewilligungen sind insbesondere das Gesuch eines Arbeitgebers,
➡ **Nicht erfüllt!**

die Integrationsfähigkeit und eine ausreichende, eigenständige Existenzgrundlage.
➡ **Nicht erfüllt!**

4 Es dürfen keine völkerrechtlichen Verträge abgeschlossen werden, die gegen diesen Artikel verstossen.
➡ **Nicht erfüllt (Kroatien-Protokoll)!**

Art. 197 BV
11. Übergangsbestimmung zu Art. 121a (Steuerung der Zuwanderung)
1 Völkerrechtliche Verträge, die Artikel 121a widersprechen, sind innerhalb von drei Jahren nach dessen Annahme durch Volk und Stände neu zu verhandeln und anzupassen.
➡ **Nicht erfüllt!**

Das Fazit der SVP-Fraktion: Der Vorschlag der SPK-N wird einstimmig abgelehnt, da dieser keinen einzigen Aspekt des Verfassungsauftrags umsetzt. Damit bleibt die heutige unkontrollierte Zuwanderung für die Schweiz weder kulturell noch wirtschaftlich verkraftbar.

Komitee gegen den schleichenden EU-Beitritt

www.eu-no.ch

Für den bilateralen Weg – Nein zur EU-Anbindung

Verstärken und unterstützen Sie das Komitee «Nein zum schleichenden EU Beitritt» (www.eu-no.ch) und tragen Sie dazu bei, eine verhängnisvolle Anbindung an die EU zu verhindern:

☐ Ich werde Mitglied.
☐ Ich möchte zunächst Unterlagen des Komitees studieren.
☐ Senden Sie mir einen Einzahlungsschein.

Name: Vorname:

Strasse/Nr:

PLZ: Ort:

Talon bitte senden an: Komitee «Nein zum schleichende EU-Beitritt», Postfach 54, 8416 Flaach, info@eu-no.ch, Postkonto: 85-126820-7, www.eu-no.ch

Farb-Laserdrucker GRATIS!

Lexmark C748de ***(empf. VP Fr. 1429.-*** *exkl. MwSt.)*

33 Farb-Seiten/min., 1200 dpi, Duplex, 100+550 Blatt Papiervorrat Netzwerk, Farb-Touchscreen 10,9 cm, 1 Jahr Onsite-Garantie.

Sie bezahlen nur das Verbrauchsmaterial!

Toner bis Fr. 750- günstiger

10'000 Farbdrucke à 6,5 Rp. = **Fr. 650.-**

statt bis Fr. 1400.00 oder mehr. 20'000 Farbdrucke **= Fr. 1300.-**

statt bis Fr. 2'800.- Wir verraten Ihnen den Unterschied zu Ihren aktuellen Geräten, um zu zeigen, was Sie verschenken.

Bei A3-Geräten mit Service-Abo **idealer Reserve-Drucker** bei Ausfall. Zudem günstiger: 6,5 Rp. 8 - 10 Rp.

Weitere GRATIS-Angebote:

s/w-Drucker (24 = 24000 Seiten minimal)	1,9 Rp.
s/w-Drucker/Kopierer/Scanner/Fax (16)	3,5 Rp.
s/w-Drucker A3 (20)	5,8 Rp.
s/w-Drucker/Kopierer/Scaner A3 (20)	6,8 Rp.
Fardrucker A4 (6)	7,0 Rp.
Farbdrucker A4 Turbo **(47 Farb-S./min.)** (11)	8,0 Rp.
Farbdrucker/Kopierer/Scanner/Fax (20)	8,7 Rp.
dito Turbo **(47 Farb.-S.min.)** (33)	14,0 Rp.
Farbdrucker A3 (18)	9,0 Rp.
Farbdrucker/Kopierer/Scanner/Fax A3 (22)	15,6 Rp.
SOLANGE VORRAT!	exkl. MWSt.

10% Zusatz-Rabatt für SVP-Mitglieder

OCoTex AG – info@ocotex.ch - **041 799 50 00**

ÜBERSETZEN,
LEKTORIEREN, REDIGIEREN
AAREPTAN
Obermattenweg 5, 5610 Wohlen
056 622 33 44, www.aareptan.ch
aareptan@gmail.com

dietschi
PRINT&DESIGN OLTEN

MEHR ALS EINE DRUCKEREI

DIETSCHI PRINT&DESIGN AG
Ziegelfeldstrasse 60
4601 Olten
T 062 205 75 75
www.dietschi-pd.ch

IMPRESSUM

SVP-KLARTEXT | SVP-KLARTEXT ist eine Publikation der Schweizerischen Volkspartei SVP | Auflage: 55'000 | Herausgeber und Redaktion: Stiftung SVP-Parteizeitung, Generalsekretariat | Postfach | 3001 Bern | Tel.: 031 300 58 58 | Fax: 031 300 58 59 | klartext@svp.ch | www.svp.ch | Redaktion: Kevin Crausaz | Bildquellen: Schweizer Parlament, wikipédia, SVP Schweiz, VBS/DDPS.

NEIN zur Öko-Diktatur!

Die Volksinitiative grüne Wirtschaft will den Schweizer Ressourcenverbrauch bis 2050 um 65% senken. Diese grün-sozialistische Utopie ist brandgefährlich. Überlegen Sie sich was dies bedeutet: Ihr wöchentlicher Einkauf muss um zwei Drittel reduziert werden. Fleisch gibt es – wenn überhaupt – nur noch am Wochenende. Fabriken und Unternehmen können nur noch jeden dritten Tag produzieren etc. Staatliche Reglementierungen und Vorgaben bestimmen das tägliche Leben, bezahlt vom Bürger durch neue Steuern und Abgaben.

NEIN zu dieser ökologischen Zwangsjacke!

Nationalrätin Sandra Sollberger, Bubendorf (BL)

am 25. September **NEIN**

WWW.GRUENER-ZWANG.CH

ZUR INITIATIVE GRÜNE WIRTSCHAFT

Wir duschen gerne warm! ...und du?

TEURER GRÜNER ZWANG

HELFEN SIE MIT, DIE GRÜNE BEVORMUNDUNG ZU STOPPEN! TRAGEN SIE SICH EIN:

WWW.GRUENER-ZWANG.CH

Die extreme Volksinitiative «Grüne Wirtschaft» verpflichtet die Schweiz, den aktuellen Energie- und Ressourcenverbrauch um mehr als 65 Prozent zu senken. Das geht nicht ohne radikale Zwangsmassnahmen und höhere Preise für Lebensmittel, Reisen und Mieten. Durch das grüne Diktat muss jede und jeder den gewohnten Lebensstil radikal ändern, sich erheblich einschränken und mit weniger Komfort wohnen. Die Umerziehungs-Initiative torpediert den Werkplatz Schweiz und gefährdet Arbeitsplätze.

- **Extreme Bevormundung**
  Zwang, weniger Fleisch, Fisch, Milchprodukte und importierte Früchte zu konsumieren
- **Stark steigende Preise**
  Massive Steuererhöhungen auf Benzin, Diesel, Heizöl und Strom
- **Linke Planwirtschaft**
  Weitere Produktionsvorschriften und Konsumbeschränkungen
- **Grünes Diktat im Alltag**
  Kleinere Wohnungen und eingeschränkte Freizeitaktivitäten

Abstimmung vom 25. September 2016

NEIN ZUR INITIATIVE GRÜNE WIRTSCHAFT

Notwendige Steuerreform für Unternehmen

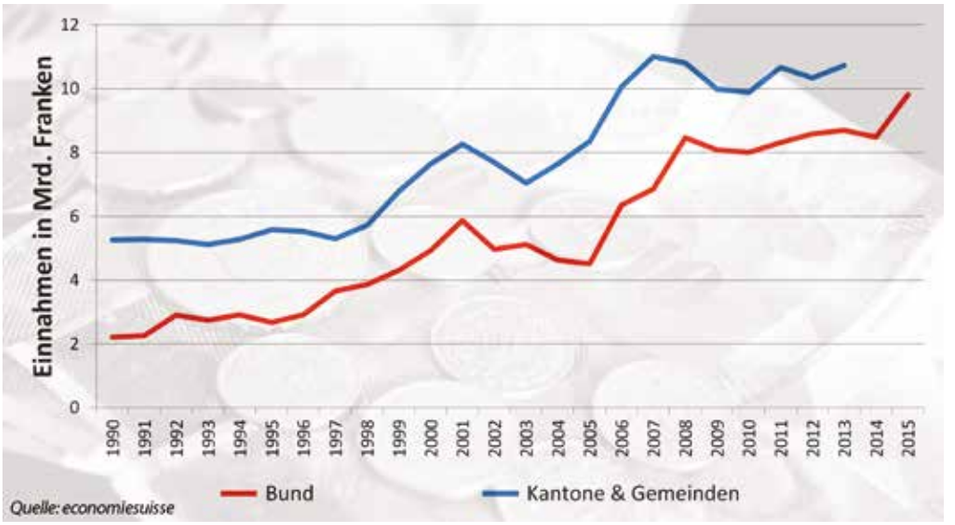
Die Unternehmenssteuerreform III kommt wegen des Referendums der Linken voraussichtlich im Februar 2017 zur Abstimmung. Bei der Besteuerung von Unternehmen besteht ein intensiver internationaler Steuerwettbewerb. Die Schweiz muss, um für Unternehmen international attraktiv zu bleiben, ihre Besteuerungspraxis anpassen. Alle bürgerlichen Parteien, der Bundesrat und die Kantonsregierungen haben sich in einem harten Seilziehen zur Unternehmenssteuerreform III – für den Erhalt von Arbeitsplätzen – eingesetzt.

Dank Spezialregeln für internationale Gesellschaften ist die Schweizer Unternehmensbesteuerung heute im internationalen Vergleich äusserst attraktiv. Dieser Umstand hat aber nicht nur für die Unternehmen, sondern auch für die Schweizer Bevölkerung viele positive Auswirkungen. Einerseits liefern spezialbesteuerte Unternehmen, mit einem Beitrag von jährlich ca. 5 Milliarden Franken, fast die Hälfte der Gewinnsteuereinnahmen des Bundes ab. Andererseits sind die spezialbesteuerten Unternehmen für viele Arbeitsplätze verantwortlich: 24'000 Unternehmen beschäftigen rund 150'000 Mitarbeiter. Damit diese Arbeitsplätze und die entsprechenden Steuereinnahmen in der Schweiz behalten werden können, braucht es die Unternehmenssteuerreform III (USR III).

KMU profitieren stark von der Steuerreform

Die einheimischen KMU gehören zu den Gewinnern der USR III, da viele Kantone eine Senkung ihrer Gewinnsteuersätze planen. In der Waadt hat das Volk einer Reduktion des Gewinnsteuersatzes für Unternehmen von 21,7 auf 13,8 Prozent mit 87 Prozent Ja-Stimmen zugestimmt, und auch andere Kantone wie Zürich, St. Gallen und Basel wollen die Steuerbelastung für das Gewerbe signifikant senken. Aus diesem Grund stimmt auch das Gewerbe der USR III zu.

Lügengeschichte der SP enttarnt - Steuersenkungen für Unternehmungen führten zu immer mehr Steuereinnahmen!



Fiskalertrag der juristischen Personen (Gewinn- und Kapitalsteuer).

SP gefährdet Arbeitsplätze und Wohlstand

Noch bevor die Vorlage im Parlament fertigberaten wurde, hat die SP bereits das Referendum angekündigt. Eine Ablehnung der Vorlage hätte Mindereinnahmen in Milliardenhöhe und einen sprunghaften Anstieg der Arbeitslosigkeit zur Folge. Die Kosten müssten vom Schweizer Mittelstand und den einheimischen KMU durch Steuererhöhungen getragen werden.

Aus diesem Grund ist es nicht überraschend, dass sich zahlreiche linke Regierungsräte gegen die eigene Partei für die USR III einsetzen.

Steuerreformen bringen Mehreinnahmen

Frühere Steuerreformen mit Steuersenkungen für Unternehmen führten mittelfristig stets zu höheren Steuereinnahmen bei Bund und Kantonen (siehe Abb.). Auch bei der USR III ist damit zu rechnen, dass sich die Steuereinnahmen positiv entwickeln. Aus diesem Grund unterstützen neben der Wirtschaft auch der Bundesrat, die Kantone sowie alle bürgerlichen Parteien die USR III.

von Nationalrat Thomas Aeschi, Vizepräsident der SVP Schweiz, Baar (ZG)

Leben zu Lasten der Jungen?

AHV*plus*-Initiative

NEIN

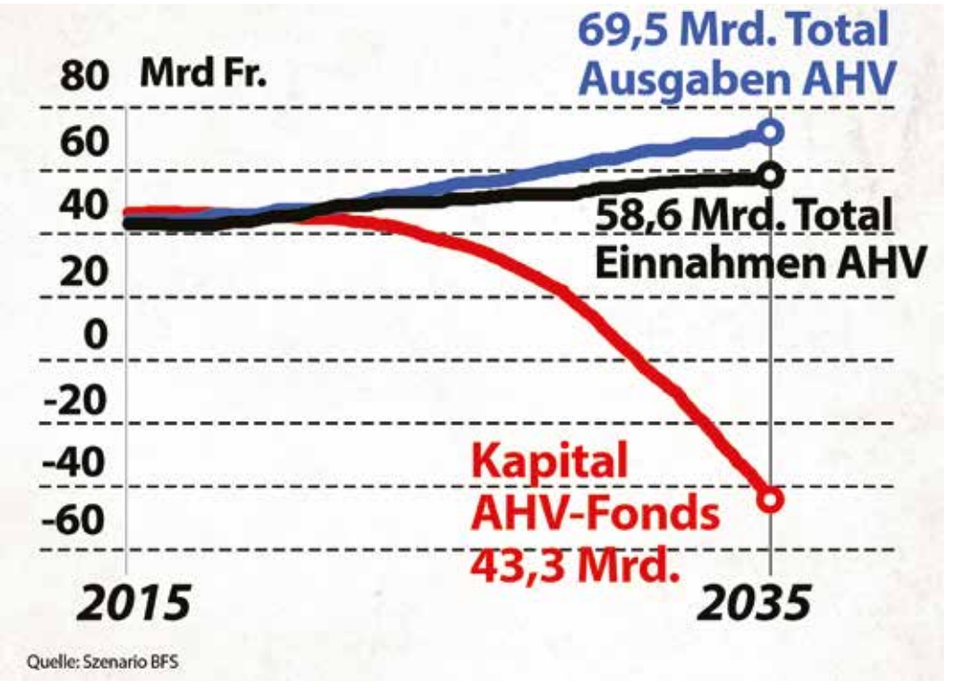
Junge SVP

www.jsvp.ch

AHV Nein - kurzsichtig und unfair für die Jungen

Die AHVplus-Initiative des Gewerkschaftsbundes will nach dem Giesskannenprinzip 10% mehr AHV an alle Rentner verteilen, ob sie es brauchen oder nicht. Mit dieser Forderung steht die Initiative völlig quer in der Landschaft. Denn eigentlich müsste jetzt alles daran gesetzt werden, das Vorsorgesystem mit einer griffigen Reform auf ein gesundes Fundament zu stellen.

Die grösste Herausforderung des Umlagesystems der AHV ist der demografische Wandel. Die Lebenserwartung steigt und immer weniger Junge müssen immer mehr Rentner bezahlen. Seit der Einführung der AHV hat sich der Rentenbezug um 11 Jahre verlängert, das Verhältnis von Rentnern zu Erwerbstätigen hat sich beinahe verdreifacht. 1948 wurde ein Rentner noch durch 6.5 Erwerbstätige finanziert, 2007 waren es nur noch 3.7 und 2035 werden es nur noch 2.1 Erwerbstätige sein. Bereits heute werden nur noch rund 74% der AHV-Renten über das Umlagesystem (Arbeitnehmer und Arbeitgeber) finanziert. Der Rest kommt aus der Bundeskasse, aus der Mehrwertsteuer und den Spielbanken. Es gibt immer mehr Leistungsbezüger, während immer weniger Berufstätige Beiträge dafür bezahlen. Wenn wir keine Gegenmassnahmen ergreifen, fehlen bis 2030 jährlich rund 7,5 Milliarden Franken im AHV-Topf. Auch die 2. Säule hat Probleme. So kämpfen die Pensionskassen, nebst der steigenden Lebenserwartung, auch mit dem niedrigen Zinsniveau.



Weil die Ausgaben stärken steigen als die Einnahmen, nimmt das Vermögen des AHV-Fonds ohne Reform rapide ab.

Die heutigen Rentenversprechen sind nicht mehr finanziert

Wer heute pensioniert wird, dem fehlen im Schnitt mehr als 40'000 Franken, um die versprochene Rente zu finanzieren. Selbstredend ist jetzt die Zeit zum Handeln gekommen. Und genau jetzt, wo im Parlament um eine Lösung gerungen wird, um diese strukturellen Probleme endlich zu lösen, genau jetzt sollen die AHV-Renten pauschal erhöht werden.

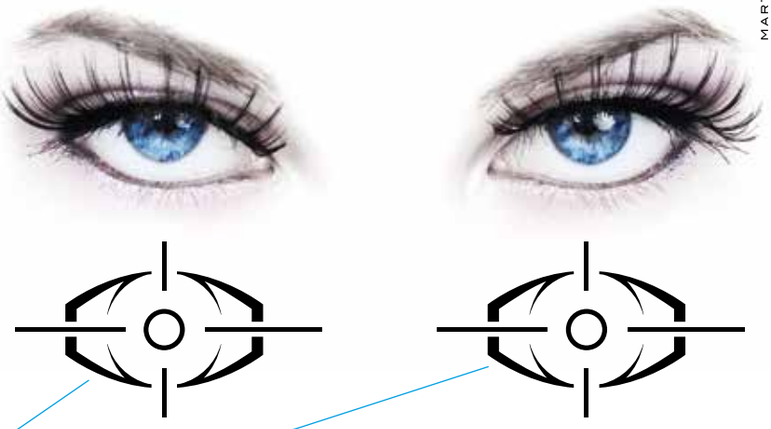
Die Solidarität darf nicht überstrapaziert werden

Käme die AHVplus-Initiative durch, wären alle Einsparungen, die mit der geplanten Reform erzielt werden können, schon wieder ausgegeben und die Stabilisierung des Vorsorgesystems wäre zunichte. Wir Jungen sind gerne solidarisch mit der älteren Generation, jedoch nur, wenn das Rentensystem nachhaltig und glaubwürdig ist, sprich keine strukturellen Defizite aufweist. Die junge Generation dieses Landes ist jedoch nicht bereit, weiterhin in ein marodes System zu bezahlen, aus welchem sie nie eine Rente erwarten können. Es wäre ein knallharter Betrug an der jungen Generation, wenn das Vorsorgesystem nicht auf ein gesundes Fundament gestellt würde. Ein Ja zur AHVplus wäre der Todesstoss für die AHV. Stimmen Sie deshalb Nein.

von Kantonsrat Benjamin Fischer,
Präsident Junge SVP Schweiz, Volketswil (ZH)

MARTI.

DAS VIER-AUGEN-PRINZIP.
IM NEUEN LEVORG 4x4.



EyeSight
Driver Assist Technology

Der neue Levorg 4x4 jetzt mit EyeSight. Ab Fr. 29'150.–.

Der sportliche Kombi mit 170 PS, Lineartronic-Automatikgetriebe mit Schaltpaddles und Manual-Modus, 1.6-Liter-Direkteinspritz-Boxer-Turbomotor und symmetrischem 4x4. Mit Komfortsitzen, Klimaautomatik und Top-Infotainment-System (inkl. DAB+). Jetzt noch sicherer dank EyeSight und Advanced Safety Package*.

Wie immer bei Subaru 4x4: Allradantrieb gratis!

EyeSight Fahrerassistenz-System.

- Das einzige mit Stereokamera zur Erfassung von Umgebungsdaten.
- Adaptiver Tempomat.
- Spurhalteassistent mit aktivem Lenkeingriff.
- Spurleitassistent.
- Notbremsassistent.
- Kollisionsschutz- und Anfahrassistent.
- Vom IIHS als sicherstes Crash-Präventions-System ausgezeichnet.

Advanced Safety Package*.

- Totwinkelwarner.
- Rückfahr-Querverkehrwarner.
- Fernlichtassistent.
- Automatisch abblendender Innenrückspiegel.

FOR SAFER CARS EURO NCAP
TEST 2016

Bestnote für Aufprallschutz, Unfallvermeidung und Sicherheitsausstattung.

Überzeugen Sie sich mit eigenen Augen und allen weiteren Sinnen.
Jetzt bei Ihrem Subaru-Vertreter.

SUBARU
Confidence in Motion

DER 4x4 FÜR DIE SCHWEIZ

subaru.ch SUBARU Schweiz AG, 5745 Safenwil, Tel. 062 788 89 00. Subaru-Vertreter: rund 200. multilease.ch. Unverbindliche Preisempfehlung netto, inkl. 8% MWSt. Preisänderungen vorbehalten. Durchschnitt aller in der Schweiz verkauften Neuwagenmodelle (markenübergreifend): CO_2 139 g/km. *Modelle Swiss, Swiss S, Luxury S. Abgebildetes Modell: Levorg 1.6DIT AWD Swiss S, 5-türig, 170 PS, Energieeffizienzkategorie F, CO_2 164 g/km, Verbrauch gesamt 7,1 l/100 km, Fr. 36'700.– (inkl. Metallic-Farbe). Levorg 1.6DIT AWD Advantage, 5-türig, 170 PS, Energieeffizienzkategorie F, CO_2 159 g/km, Verbrauch gesamt 6,9 l/100 km, Fr. 29'150.– (mit Farbe Pure Red).